

Vollmacht und Auftrag

Michail Kantor

RECHTSANWALT, FACHANWALT FÜR STRAFRECHT, FACHANWALT FÜR VERKEHRSRECHT

Wittelsbacherstr. 21

10707 Berlin

wird hiermit von

in Sachen

wegen

Vollmacht und Auftrag erteilt

1. zur Prozessführung in Verwaltungsprozessen;
2. zur Vertretung im Verwaltungsverfahren sowie in sonstigen damit zusammenhängenden Verfahren
und bei außergerichtlichen Verhandlungen aller Art.
3. zur Begründung und Aufhebung von privat- und öffentlich-rechtlichen Vertragsverhältnissen und zur Abgabe und Entgegennahme von einseitigen Willenserklärungen (z.B. Kündigungen) in Zusammenhang mit der oben unter „wegen...“ genannten Angelegenheit.

I. Umfang der Vollmacht

Die Vollmacht und das Auftragsverhältnis gilt für alle Instanzen und erstreckt sich auch auf Neben und Folgeverfahren aller Art (z.B. einstweilige Anordnung, Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung von Verwaltungsakten, Kostenfestsetzungs-, Zwangsvollstreckungsverfahren). Sie umfasst insbesondere die Befugnis, Zustellungen zu bewirken und entgegenzunehmen, die Vollmacht ganz oder teilweise auf andere zu übertragen (Untervollmacht), Rechtsmittel einzulegen, zurückzunehmen oder auf sie zu verzichten, den Rechtsstreit oder außergerichtliche Verhandlungen durch Vergleich, Verzicht oder Anerkenntnis zu erledigen, Geld, Wertsachen und Urkunden, insbesondere auch den Streitgegenstand und die von dem Gegner, von der Justizkasse oder von sonstigen Stellen zu erstattenden Beträge entgegenzunehmen sowie Akteneinsicht zu nehmen.

II. Hinweise und Vereinbarungen

Sofern keine Honorarvereinbarung erfolgt, wird die Gebührenberechnung nach dem Gegenstandswert und den Vorschriften des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG) vorgenommen.

Kann der Vollmacht- und Auftraggeber die Verfahrenskosten nicht selbst aufbringen, wird er auf die Möglichkeit staatlicher Prozesskosten- oder Beratungshilfe hingewiesen. Besteht eine Rechtsschutzversicherung, so hat der Vollmacht- und Auftraggeber eine Deckungszusage seiner Versicherung beizubringen. In den übrigen Fällen wird die Tätigkeitsaufnahme in der Regel von der Entrichtung eines Gebührenvorschusses abhängig gemacht. Der Vollmacht- und Auftraggeber wird darauf hingewiesen, dass die Kosten des Verfahrens von ihm zu verauslagen sind und erst im Falle des Obsiegens vom Verfahrensgegner erstattet werden können. Vereinbarte Honorare können nur in Höhe der gesetzlichen Gebühren erstattet werden. Er wird darauf hingewiesen, dass sich der Gegenstandswert und die Gebühren im Laufe eines Verfahrens erhöhen können. Sofern der Auftraggeber als Kaufmann im Sinne handelsrechtlicher Vorschriften gilt, wird für etwaige gegenseitige Ansprüche aus dem Mandatsverhältnis als Gerichtsstand Berlin vereinbart.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

ZUSTELLUNGEN SIND AUSSCHLIESSLICH AN DIE BEVOLLMÄCHTIGTEN ZU RICHTEN!